

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

297 (21.12.1932)

# Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE TELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Nichtenthaltung des Zeitungslesers, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Kontos auf Kredit 10% Ermäßigung und bei Abnahme von 1000 Zeilen 15% Ermäßigung. Die 10 gepaltete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Nichtenthaltung des Zeitungslesers, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Kontos auf Kredit 10% Ermäßigung und bei Abnahme von 1000 Zeilen 15% Ermäßigung.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, jährlich 20,64 Mark, halbjährlich 10,32 Mark. Einmalige Anzeigenpreise 10 Pfennig. Bei Abnahme von 1000 Zeilen 15% Ermäßigung. Die 10 gepaltete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Nichtenthaltung des Zeitungslesers, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Kontos auf Kredit 10% Ermäßigung und bei Abnahme von 1000 Zeilen 15% Ermäßigung.

Nummer 297

Karlsruhe, Mittwoch, den 21. Dezember 1932

52. Jahrgang

## Ungenügende Winterhilfe

Fleisch- und Kohlenverbilligung - Die SPD. fordert Reichstagsbeschlüsse Die Regierung droht mit dem Konflikt

### Jämmerlich kuschen die Nazis vor Schleicher

Berlin, 20. Dez. (Eig. Draht.) Der Vorkessentrat des Reichstags lehnte am Dienstag die Anträge auf Zusammentritt des Reichstags am Donnerstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ab. Reichsarbeitsminister Sarup hatte zu Beginn der Sitzung mitgeteilt, daß die Regierung beabsichtigt, die Zeitdauer ihrer Winterhilfsaktion bis Ende März auszuweiten, daß Verbilligung von Lebensmitteln und Brennstoffen in Aussicht genommen sind, und der Verrentenkreis auf alleinlebende Unterstützungsempfänger ausgedehnt werde, bei einer Verbilligung von vier Pfund Fleisch im Monat und zwei Zentnern Kohlen im Monat. Bei 6,9 Millionen Hauptunterstützungsempfängern veranschlagt die Winterhilfe eine zusätzliche Ausgabe von rund 40 Millionen Mark. Dazu kämen noch einige Millionen für Speisung von Jugendlichen.

Abg. Stöhr (Natl.) meinte, wegen der Winterhilfe sei keine Sitzung notwendig, es drohe sonst ein Konflikt mit der Reichsregierung. Die Nationalsozialisten scheuten vor dem Konflikt nicht, aber jetzt könne man ja den Hilfsbedürftigen doch nicht helfen. Ihm antwortete Abg. Löbe (Soz.) mit dem Hinweis, daß wegen einer Verbesserung der Winterhilfe keine Regierung den Mut haben werde, den Reichstag aufzulösen. Die Maßnahmen der Regierung zur Winterhilfe blieben so weit hinter den Erwartungen zurück, daß man die Möglichkeit, im Reichstag etwas Besseres zu beschließen, benutzen müsse.

Auf Wunsch der Nationalsozialisten, denen es sichtlich unbehaglich war, in so schroffen Gegensatz zu ihren bisherigen starken Worten zu gelangen, äußerte sich der Staatssekretär Pland. Er warnte vor dem Zusammentritt des Reichstags. Die Regierung habe seit der Amnestie ihr Entgegenkommen gegenüber dem Reichstag bewiesen. Bei Reichstagsbeschlüssen des Reichstags vor Weihnachten seien, ohne ein erklärter Konflikt, Verträge der Reichstag vor Weihnachten einberufen, so sei mit einem sofortigen Konflikt zu rechnen.

Abg. Stöhr (Natl.) machte dann schließlich noch den Versuch, durch den Antrag, den Zusammentritt des Reichstags kurz nach Weihnachten zu beschließen, aus der unbehaglichen Lage herauszukommen. Als er hierbei den Widerspruch seines Freundes Göring fand, zog er seine Anregung zurück, während Göring überbau eine Verbilligung über den Termin der nächsten Reichstagsitzung hinausdrängen wollte. Es war erreglich, wie sich die nationalsozialistischen Redner widersprachen.

## Zum „inneren Frieden“

Aufhebung von Sonderbestimmungen - Neue Notverordnungsmassnahmen

Die Schleicherregierung hat am Dienstag die angeforderte Notverordnung zur „Erhaltung des inneren Friedens“ veröffentlicht. Mit ihr werden die Notverordnungen des Kabinetts Papen vom 15. und 28. Juni und vom 9. August aufgehoben.

Aufgehoben sind im einzelnen die Sondergesetze, die ohne Verfahren und ohne die Möglichkeit einer Revision drakonische Strafen verhängen konnten, wobei die Zulassung eines Beweisurteils in das willkürliche Ermessen des Sondergerichts gestellt war. Aufgehoben sind ferner die Bestimmungen über Einschränkung der Versammlungs- und Demonstrationen, und die Bestimmungen über die Zeitungsverbote. Amliche Verfügungen, die sogenannten „Anlagenordnungen“ fallen fort. Beseitigt sind ferner die Bestimmungen über militärische Verbände und die Kennzeichnung über Uniformverbote. Damit sind die wesentlichen Einschränkungen der persönlichen und gesellschaftlichen Freiheit und des juristischen Rechts gefallen.

Ein Irrtum aber wäre es zu glauben, das Kabinett Schleicher hätte den alten Rechtszustand der Weimarer Verfassung wieder hergestellt. Die Verordnung vom 19. Dezember gliedert sich in 19 Paragraphen, die die Papen-Materie neu ordnen. Gegenüber Papen und seiner Kommissariatswirtschaft in Preußen bestanden wie jetzt größere Freiheiten, aber es sind genug Fühgeln gelassen, in denen die Verwaltung sowohl das Vereins- als auch das Presserecht in Fesseln schlagen kann. Diese Fühgeln tragen die Marke: „Hoch- und Landesverrat“ und berechtigen die obersten Landesbehörden, sowohl Vereine aufzulösen, als auch Versammlungen zu verbieten. Die Zukunft wird lehren, was eine Behörde als Hoch- und Landesverrat betrachtet und wie sie die ihr durch die neue Notverordnung in die Hand gegebene Machtvollkommenheit anwendet. Bisher haben wir, daß alle Notverordnungsmassnahmen gegen rechts meist mit dem stumpfen Sägen angewendet wurden, während nach links die haarsharte Schneide niederlief.

Einen Kommentar dazu lieferte auch die Kundfunkrede des Kanzler-Generals. In ihr wurden den Kommunisten schärfste Maßnahmen angedroht. Es ist kein Zweifel, daß die neue Notverordnung den Landesbehörden wie dem Reichsgericht eine Vollmacht ausstellt über die Zukunft der kommunistischen Organisationen und ihrer Presse. Herr Hitler hingegen wird sich auch in Zukunft auf seine Lenkungsmaßnahme berufen, trotz Bomben und Handgranaten und trotz der Drohung jedem Feind die politischen Grenzen so lange vorzuschieben, als die Verfassung von Weimar existiert und nicht das Dritte Reich.

Am 31. Dezember läuft das Republikgesetz ab. Das Kabinett Schleicher verlängert es nicht. An seine Stelle treten einige mit der neuen Notverordnung in Kraft tretende Bestimmungen. Darunter befindet sich vor allem ein verstärkter Schutz für die Person des Reichspräsidenten und für die Wehrmacht. Die Verächtlichmachung des Reichs, der Länder, der Staatsform und ihrer Flaggen steht unter den gleichen Strafbestimmungen wie bisher.

Das ist der Kern der neunzehn neuen Notverordnungen, das politische Wehrmachtsgesetz für das deutsche Volk. Es ist aber nicht ein Engel mit dem Palmenzweig, der es bringt, sondern ein Wehrmachtsmann mit der Rute. Zudem er die Gaben ausstellt, läßt er drohend - im Gesichtsblatt - hinzu: Sollten die Mitglieder der Ausnahmebestimmungen ihren Zweck verfehlen, Heer und Gewaltakte andauern, so sind die Maßnahmen bereits druckfertig. Der

Staat liegt bereit, mit dem dreingeschlagen werden soll. Zunderbrot und Peitsche, das sind die beiden Mittel, mit denen die Präsidialdiktatur Schleicher regieren will. Die Freiheit und Selbstbestimmung eines souveränen Volkes ist das nicht. Das Zunderbrot des Kanzler-Generals schmeckt bitter und duftet nach Kommisbrot.

## Die neue Amnestie

Auch im Reichsrat angenommen

Berlin, 20. Dez. Der Reichsrat beschloß am Dienstag mit 44 gegen 19 Stimmen der Vertreter von Bayern, Württemberg, Baden und Brandenburg bei drei Stimmentzählungen von Hannover, Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz, gegen das Amnestiegesetz seinen Einspruch einzulegen. Die notwendige verfassungsändernde Mehrheit ist also auch im Reichsrat für die Amnestie zustande gekommen. Der Reichsrat nahm dann noch eine Entschließung an, in der die grundsätzlichen Bedenken gegen die Amnestie zum Ausdruck

gebracht werden und erklärt wird, daß durch einen Einspruch das Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindert, sondern nur hinausgeschoben würde und daß dadurch die politische Entspannung und Verbilligung vereitelt würde.

Die neue Amnestie ist die größte seit November 1918. Eine genaue Angabe über die Zahl der Amnestierten kann noch nicht gegeben werden. In Preußen allein gibt es 15 000 Verurteilte aus politischen Gründen. Von ihnen verblieben gegenwärtig etwa 6000 ihre Strafe. Auf das Reich ausgedehnt, erhöht sich diese Zahl auf rund 9000. Mit wenigen Ausnahmen werden sie jetzt das Gefängnis oder Zuchthaus verlassen.

Weiterhin kommt die Amnestie in Preußen 4000 bis 6000 Personen zugute, die wegen Vergehen aus wirtschaftlicher Not verurteilt sind. Im gesamten Reichsgebiet ist mit einer Amnestierung von 20 000 Personen zu rechnen. Von ihnen befinden sich etwa 10 000 in Haft. Sie werden zum großen Teil noch vor Weihnachten die Freiheit wieder erlangen.

Der Reichspräsident hat, nachdem das Amnestiegesetz den Reichsrat nicht passiert hat, das Amnestiegesetz am morgigen Tage im Gesetzblatt erscheinen und damit in Kraft treten.

Damit ist die Möglichkeit geschaffen, daß die Personen, die unter die Amnestie fallen, noch bis Weihnachten in Freiheit gesetzt werden können. Wie verlautet, sollen die Entlassungen bereits am Donnerstag beginnen.

## Staatsgerichtshof und Preußenparlament

Leipzig, 20. Dez. Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig holte sich die nationalsozialistische Fraktion des preussischen Landtags beziehungsweise der von ihr gestellte Landtagspräsident am Dienstag gleich zwei Niederlagen.

Der Staatsgerichtshof lehnte zunächst den nationalsozialistischen Antrag, die von dem alten Landtag beschlossene Aenderung der Geschäftsordnung für verfassungswidrig zu erklären, ab. Durch diese Aenderung der Geschäftsordnung wird bestimmt, daß der Ministerpräsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden muß, während vorher die Wahl durch einfache Mehrheit möglich war.

Die zweite Niederlage holten sich Kerll und Genossen dadurch, daß der Staatsgerichtshof einer Klage der sozialdemokratischen Fraktion stattgab, und Kerll beschleunigte, daß er die preussische Verfassung verlegt habe, indem er im August die Einberufung des Landtags, die von der Sozialdemokratie beantragt wurde, wochenlang hinausgeschob.

## Geborstene Nazi-Säule

SPD. Kiel, 20. Dez. Der Vorsitzende der Nationalsozialisten in Luderken, der zugleich Stadtverordneter ist, ein Steuerberater Boh, wurde wegen Unterschlagungen auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet. Boh galt in Luderken als besonders eifriger Bekämpfer des „marxistischen Unternehmertums“.

## Tagesschau

London, 20. Dez. MacDonald richtete von Schottland aus durch Rundfunk einen Aufruf an die Nation, durch Spenden von Geld, Kleibern usw. das Los der Arbeitslosen zu erleichtern.

Paris, 20. Dez. Das Parlament ist endgültig für Donnerstag 15 Uhr einberufen worden, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen.

## Hilfe für die Jugend

Ein Erfolg der Gewerkschaften

Berlin, 20. Dez. (Eig. Draht.) Am heutigen Mittwoch wird das Reichskabinett abschließend über die Neugestaltung der Winterhilfe beraten. Wie das Gesamtbild der Winterhilfsmassnahmen aussehen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen. Sicherlich bleibt es gemessen an der Not unbedeutend. Immerhin scheint wenigstens in einem Punkt ein gewisser Fortschritt erzielt zu sein: Für die jugendlichen Erwerbslosen wird ein besonderes Hilfswerk zur Durchführung kommen.

Die Anregung dazu kam aus den Gewerkschaften. Vor allem hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, als der Ruf nach der Schaffung einer neuen Winterhilfe durch die Destitutenzeit angedeutet, durch seinen Jugendleiter einen Appell an die verantwortlichen Stellen gerichtet, die jugendlichen Erwerbslosen bei der Neugestaltung der Winterhilfe nicht zu vergessen. In diesem Appell wurde darauf aufmerksam gemacht, daß für die kommenden vier Monate nur etwa hunderttausend Erwerbslose im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden und daß hunderttausende jugendliche Arbeitsloser im Winter hungrig und stierend auf der Straße liegen, wenn nicht wirksame Hilfe für sie geschaffen werde. Zweierlei wurde als Hilfe vom ADGB gefordert:

Erstens müßten die jugendlichen Erwerbslosen umfassenden Massenanstellungen in die Lage versetzt werden, im weitesten Umfang Veranstellungen der verschiedensten Art für die erwerbslose Jugend zu treffen, indem ihnen kostenlos geeignete Räume oder die Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden. Und zweitens muß ermöglicht werden, daß bei allen diesen Erwerbslosenveranstellungen, wie auch bei den Kurzen der Arbeitsämter und sonstigen Schulmassnahmen mindestens eine warme Mahlzeit und eine kräftige Suppe gegeben wird. Diese Hilfsmassnahmen seien vom Reich aus, und zwar über die Arbeitsämter durchzuführen.

Das Reich wird nun im Rahmen seiner Winterhilfe allen Verbänden und Stellen, die die jugendlichen Erwerbslosen mindestens vier Stunden im Tag durch berufliche, sportliche und jugendplegerische Tätigkeit beschäftigen, einen Zuschuß zur Gewährung einer warmen Mahlzeit bereitstellen. Pro Kopf und pro Tag soll ein Zuschuß von 25 Pfennigen gezahlt werden. Die Hilfsaktion soll sich auf Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren erstrecken. Im ganzen rechnet man mit einer Bereitstellung von neun bis zehn Millionen durch das Reich. Natürlich sollen nicht Reichsmittel allein die Hilfe für die jugendlichen finanzieren, das Reich will mit seiner Finanzhilfe in erster Linie einen Anstoß zur örtlichen und auch privaten Mithilfe geben. Wer also von den jugendlichen Erwerbslosen sich an der Schulmassarbeit des Winters beteiligt, braucht das nicht mit hungrigen Mägen zu tun. Wer an seinem Weiterkommen arbeiten will, soll nicht hungern. Vor allem will man den aus dem freiwilligen Arbeitsdienst zurückströmenden jugendlichen Erwerbslosen durch die Winterhilfe eine Stütze geben.

Die technische Durchführung der Hilfsaktion scheint noch nicht endgültig festzulegen. Die zweckmäßigste Regelung empfiehlt der Vorschlag der freien Gewerkschaften, die Hilfsmassnahmen vom Reich aus über die Arbeitsämter durchzuführen. Das Reich kann kein Interesse daran haben, mit seinen Geldern etwas indirekt gewisse Verbände zu finanzieren, die zur Zeit sich organisatorisch in Schwierigkeiten befinden, und deshalb mit dem Bettelstab herumlaufen, während den Herrn Führern die teuersten Hotels gerade aufgenussend. Besseres ist jedenfalls angedacht und jedenfalls sind die Arbeitsämter schon seit längerer Zeit die Stellen, in denen alle Hilfsmassnahmen für jugendliche Erwerbslose ihre Zusammenfassung finden sollen.

### SA als Einbrecherkolonne

Auch ein Weg zum Dritten Reich

Die Meldung des SA-Bureau über die Diebstahlsfahrten von SA-Leuten in Bolmarstein hat eine Ergänzung im Württembergischen bekommen. Die „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart bringt über das Ergebnis der nationalsozialistischen Jugendbeziehung folgende Meldung:

In Ludwigsburg gehörten lange Zeit hindurch zu den letzten Kämpfern für das Dritte Reich der 22 Jahre alte, von Göttingen gebürtige Julius Böhmer, der 20 Jahre alte Karl Bahns und der 21 Jahre alte Wilhelm Gier von Ludwigsburg. Alle drei waren Mitglieder der Ludwigsburger SA und gehörten somit zur Elite der Hitlerischen Gefolgschaft. Sie alle hofften, einmal bei dem nationalsozialistischen Umsturz einen hohen Posten zu machen zu können.

Gegenüber der Feuererschule in Ludwigsburg stehen die sogenannten alten Wagenhäuser. Die Stadt hat die Räume für die großen Anwesen für die verschiedensten Zwecke vermietet. Unter anderem befindet sich darin ein großes Lager der Firma Wohlwert und ein Lebenslokal des Trommler und Pfeiferkorps der nationalsozialistischen SA. Dieses Lager der Firma Wohlwert hatte unsere drei Aufsteiger.

Am einem Oktoberabend drang Böhmer, solange das SA-Trommler und Pfeiferkorps jagte, während unten im Hof Bahns und Gier Schmiere fanden. Rasch stopfte er einen Sack mit Textilwaren, Soden, Schokolade usw. und warf ihn durch ein Fenster seinen beiden Spießgesellen zu, die ihn schleunigst in seine Wohnung verschleppten, wo später die Beute verteilt wurde.

Nachdem dieser Raubzug so gut gelungen war, unternahmen sie Ende Oktober einen zweiten, und zwar hatten sie sich diesmal das Lager der Edeka, der Einkaufsvereinigung der Kolonialwarenhändler

in der alten Reitertierne ausersehen. Hier stiegen Böhmer und Bahns durch ein Fenster ein, während Gier Schmiere fand und die Beute in Empfang nahm. Am 12. November stellten sie dann wieder dem Lager der Firma Wohlwert einen Besuch ab und entwendeten neben Schokolade und Konfitüren auch einige Flaschen Parfüm.

Da das Einbrechertrio sich bei seinen SA-Kameraden mit seinen Heldentaten brüstete, und sie mit dem gestohlenen Gut beschenkte, bekam die Polizei Wind von der Sache und eines Tages sahen alle drei im Kittchen.

Böhmer, der der Fühlerführer war, hatte nach seiner polizeilichen Festnahme noch einen Fluchtversuch gemacht, war aber bald darauf wieder dingfest gemacht worden. Dieser Tage hatte sich nun die lichtvolle SA-Einbrecherkolonne in Ludwigsburg vor dem Richter zu verantworten. Jeder der drei war einen Korruptionsbetrug zu verantworten. Jeder der drei war einen Korruptionsbetrug zu verantworten. Jeder der drei war einen Korruptionsbetrug zu verantworten.

### Aus der KPD

Prämien für seltene Ehrlichkeit

Einen lehrreichen Blick auf die Zustände in der KPD, gewährt ein Rundschreiben der kommunistischen Bezirksleitung Gießen, das die sozialdemokratische „Volkszeitung“ in Wien veröffentlicht. Wir zitieren:

„Die meisten Kassierer sind sich der verantwortungsbewussten Funktion als Verwalter des Eigentums der Partei nicht bewußt. Es ist geradezu ein Verbrechen an der Partei, wie leichtfertig manche Kassierer mit dem ihnen anvertrauten Parteieigentum umgehen. Wenn jeder Kassierer sich der Wichtigkeit seiner Funktion bewußt wäre, dann könnte es nicht vorkommen, daß jetzt noch trotz unzähliger Mahnungen Hunderte von Sammelkästen und Tausende von Marken in den Jellen liegen. Dann könnte es nicht vorkommen, daß im Laufe des Jahres Tausende von Beitragsmarken im Besitz verbummelt und unterschlagen werden. Hunderte von Beitragsmarken könnten wir auch anführen, wo Unterschlagungen nur durch Nachlässigkeit der Kassierer möglich waren.“

Am Schluß dieses jammervollen Eingekündnisses werden Prämien für die beste Abrechnung und die reifliche Abführung der Sammelkästen ausgesetzt. Die Ortsgruppe mit dem ehrlichsten und gewissenhaftesten Kassierer erhält 50 M in bar!

Das sind die Zustände in einer Partei, die tagtäglich in ihrer Presse die sozialdemokratischen Funktionäre in der niederträchtigsten Weise verleumdet und behelmt. Preisenscheine für ehrliche Kassierer und wer keine Arbeitergroßosen unterschlägt eine Prämie! Wo aber der Prämienlack niedriger ist als die Unterschlagung wird weiter unterschlagen.

### Schlachtsteuern durch Diktatur

Weimar, 19. Dez. Die Thüringer Regierung hat die Einführung der Schlachtsteuer beschlossen. Sie soll in der Form eines Notgesetzes über den Kopf des Parlaments hinweg verfaßt werden.

Dem Volke gegenüber will die Regierung den Anschein erwecken, als ob sie gegen ihren Willen von der Reichsregierung zu dieser Steuer gezwungen wird. In Wahrheit wollen sich die Nazis dadurch ein Alibi verschaffen. Sie haben mit der Einführung der Schlachtsteuer den Kampf um die Einführung der Schlachtsteuer lediglich gewartet, bis die Thüringer Kommunalwahlen vorüber waren.

### Gegen Diktatur-Landräte

Königsberg, 20. Dez. (Ein. Draht.) Mit absoluter Mehrheit hat der Kreisrat des Kreises Gerbuden am Dienstag beschlossen, seinen bisherigen Landrat, den Gen. Reichstagsabgeordneten Werner Lufft, der von Bracht in die Wüste geschickt worden war, wieder als Landrat in Vorschlag zu bringen. Darüber hinaus hat der Kreisrat mit 13 zu 9 Stimmen an die Adresse der Preußenkommission einen Antrag gerichtet, der sich entschieden gegen die leinzeit unter befreundenden und die Staatsautorität keineswegs fördernden Umständen erfolgten Abberufung des Landrats Lufft wendet, dessen Verwaltungstätigkeit auch von seinen politischen Gegnern anerkannt worden sei. Der Kreisrat fordert die Kommission auf, das dem Kreise und der Kreisbevölkerung unannehmliche Unrecht wieder auszumachen und den Landrat Werner Lufft wieder als Landrat einzusetzen. Für den kommissarischen Landrat Knöpper wurden nur fünf Stimmen abgegeben.

### Nazis überfallen Kriegsbeschädigte

SPD, Stuttgart, 20. Dez. Wie ein bärerliches Blatt mitteilt, wurden in Dertliffheim Teilnehmer an einer Weihnachtsfeier des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten auf ihrem Heimweg von mehreren Nazis, die teilweise in Uniform waren, überfallen, zu Boden geschlagen und schwer mißhandelt.

## Konflikt in Württemberg

Stuttgart, 20. Dez. (Ein. Meld.) Im württembergischen Landtag kam es am Dienstag zu einem scharfen Konflikt zwischen der Regierung und der Landtagsmehrheit. Da bekannt geworden war, daß die Regierung die württembergischen Vertreter im Reichsrat beauftragt hatte, im Reichsrat gegen den im Reichstag mit Zweidrittelmehrheit angenommenen Amnestie-Gesetzentwurf zu stimmen, lagen zu Beginn der Sitzung drei von den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten unabhängige voneinander gestellte Anträge vor, die eine entgegengesetzte Instruierung der Reichsratsvertreter forderten. Nach einer kurzen Aussprache, in der Justizminister Dr. Begerle die verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Gründe der Regierung für ihre ablehnende Haltung darlegte, während namens der Sozialdemokratie Abg. Ulrich der Regierung die politischen Beweggründe entgegenstellte, die die Regierung schleierhaft verhalten haben, an dem Zustandekommen des Amnestiegesetzentwurfes tätigen Anteil zu nehmen und durch den Reichspräsidenten seine sofortige Inkraftsetzung ankündigen zu lassen, kam es zur Abstimmung. Die drei Anträge, die übereinstimmend verlangten, daß die Vertreter Württembergs im Reichsrat dem Gesetzentwurf zustimmen sollen, wurden mit 41 Stimmen der drei antragstellenden Fraktionen gegen 31 Stimmen von Zentrum, Bauernbund, Deutschnationalen und Staatspartei angenommen.

Auf die nunmehr vom Abg. Keil namens der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Frage an den Staatspräsidenten Bode, ob die Regierung bereit sei, dem Mehrheitsbeschluß des Landtags zu entsprechen oder wenigstens eine sofortige Bepfändung der Regierungsmehrheit über die durch diesen Beschluß entstandene neue Sachlage zu veranlassen, antwortete Staatspräsident Bode, daß die Regierung sich ihrer Verantwortung vor dem Landtag bewußt sei. Sie könne aber auch eine Verantwortung vor ihrem eigenen Gewissen. Wenn die Mehrheit dies nicht anerkennen wolle, so möge sie sich eine andere Regierung suchen. Nunmehr beantragte Abg. Keil (Soz.) folgenden Antrag sofort zur Beratung zu stellen:

„Der Landtag erhebt schärfsten Protest gegen die Erklärung der Regierung, daß sie dem vom Landtag verfassungsmäßig gefassten Beschluß betreffend die Abstimmung der württembergischen Vertreter im Reichsrat zur Amnestievorlage nicht entsprechen werde.“

Die württembergische Regierung verhielt sich damit nicht nur gegen den Willen der Mehrheit des Landtags, sondern auch gegen den Willen der großen Mehrheit des württembergischen Volkes, gegen den Willen einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags und damit gegen den Willen einer erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes, gegen den Willen der Reichsregierung und gegen den Willen des Reichspräsidenten.

Das Verhalten der württembergischen Regierung stellt eine Herausforderung der breitesten Schichten des Volkes dar und wird vom Landtag entschieden verurteilt.“

Da der sofortigen Beratung des Antrags vom Bauernbund auf Grund der Geschäftsordnung widersprochen wurde, beschloß die Mehrheit auf Antrag Keil (Soz.) die Sitzung aufzuheben und eine Vertagung bis später eine neue Sitzung zu eröffnen, in der dieser Antrag als erster Tagesordnungspunkt zur Verhandlung kommen sollte.

Kurz nach Beginn der neuen Sitzung gab der Präsident die jenen eingelaufene Nachricht von der Annahme des Amnestiegesetzentwurfes im Reichsrat bekannt. Nunmehr gab der Justizminister Begerle die Erklärung ab, daß er jenen schon alle für ihre Durchführung erforderlichen Anordnungen an die Strafverfolgungsbehörden hinausgegeben habe, um die rechtzeitige Entlassung der unter die Amnestie fallenden Strafgefangenen herbeizuführen. Es werde auch niemand mehr zum Strafantritt aufgefordert werden, auf den die Amnestie voraussetzlich zutreffen wird.

Abg. Keil (Soz.) hielt der Regierung nochmals vor, daß die bisher geleistete Widerstand kein Akt der politischen Klugheit gewesen sei. Die jenen gehörte Erklärung des Justizministers beweise, daß sie jetzt förmlich aufatme, weil die Verantwortung über die bei einer Ablehnung der Amnestie zu erwartenden gemeinlichen schweren politischen Folgen von ihr genommen sei. Auch eine nur geschäftsführende Regierung dürfe die Mehrheit des Landtags nicht brüskieren, zumal es sich in diesem Falle gar nicht um eine württembergische Sonderangelegenheit, sondern um eine das ganze deutsche Volk berührende Frage gehandelt habe.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, da die Nationalsozialisten Stimmenthaltung übten, dagegen ein nationalsozialistischer Antrag folgenden Wortlaut angenommen:

„Der Landtag legt entschieden Verwahrung ein gegen die von der württembergischen Regierung abgegebenen Erklärung, den vom Landtag gefassten Beschluß zur Amnestievorlage nicht Folge leisten zu wollen. Der Landtag erkennt darin eine offene Mißachtung des Willens einer Mehrheit des württembergischen Volkes und spricht der württembergischen Regierung die schärfste Mißbilligung aus.“

Zuletzt kam noch ein kommunistischer Antrag zur Abstimmung des Wortlautes: „Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen des Landtags“, bei dem die Sozialdemokratie auf Grund der vorausgegangenen Abstimmung Stimmenthaltung übte. Die gleiche Haltung nahm sie dann bei einem kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtags ein.

## Aus aller Welt

Zugunglück bei Eberfeld

Eberfeld, 20. Dez. Von einem Personenzug, der von Köln nach Oberbarmen fährt, entgleiten Dienstag früh nach 18 Uhr vor dem Eberfelder Hauptbahnhof drei Personenzüge. Dabei wurden drei Personen verletzt.

Berggrutsch in Spanien

Barcelona, 20. Dez. Aus Gerona wird gemeldet, daß sich oberhalb der Straße von Dret nach Canolles infolge der Regenfälle der letzten Zeit ein Berggrutsch von 200 Meter Breite gebildet hat. Ein Haus wurde vollständig verflüchtigt. Drei Arbeiter, die darin Schutz suchten, kamen ums Leben.

Eröffnung des Schelde-Tunnels

Antwerpen, 20. Dez. Der Tunnel für Fahrzeuge, der die beiden Scheldeufer von Antwerpen verbindet, wurde heute eröffnet. Die Unterführung ist 200 Meter lang.

Bestrafte Diebstahlgeiligkeit eines jungen Mädchens

Frankfurt a. M., 20. Dez. Am Sonntagabend wurde in einem Kaffee in der Taunusstraße ein ganz gerissener Betrugschwinder von der Polizei festgenommen. Es handelt sich um den 35 Jahre alten, in Kettwig geborenen Kaufmann Josef Babelit. Erst kürzlich lernte er in einem Kaffee an der Konstablerwache ein junges Mädchen kennen und spendierte ihm einige Tassen Kaffee. Er verabredete sich dann für den nächsten Sonntag. Schon nach ganz kurzer Bekanntschaft erzählte er dem Mädchen, daß er bringend eine größere Summe Geldes benötige. Zufällig gab ihm das Mädchen auch zunächst einen Betrag in Höhe von 600 M. Bald stellte er jedoch weitere Forderungen und erhielt nochmals 150 M. Der „Kavalier“ machte dem Mädchen dann den Vorstoß, sich ihr Geld im Voraus bezahlen zu lassen, da er noch Geld haben müßte. Nunmehr wurde das Mädchen jedoch mißtrauisch und erkundigte sich bei der Polizei. Babelit wurde darauf gestern abend festgenommen. Es ist anzunehmen, daß er noch weitere Mädchen auf ähnliche Art geschädigt hat. Er ist schon mehrfach wegen Betruges vorbestraft.

Die älteste Adlerin

Im Alter von 104 Jahren starb die älteste Einwohnerin Kölns, die Witwe Maria Gab. Sie war in ihrer Jugend mit Ferdinand Freiligrath befreundet.

Professor Wiegandt

In Hamburg starb im Alter von 82 Jahren der bekannte Meteorologe Professor Dr. Wiegandt. Die Schiffahrt verbannt ihm u. a. ein wichtiges Mittel zur Nebelbekämpfung.

Der Siegeszug der Ultraturzen

Das britische Luftfahrtministerium gab eine mit nur 15 Zentimeter Wellenlänge arbeitende Funkanlage in Auftrag, die in einigen Monaten im Lufthafen Lymphe bei Hove aufgestellt werden soll. Die für die Verbindung auf dieser kleinen Wellenlänge notwendigen Sender- und Empfangsantennen werden nur etwa 3 Zentimeter lang sein. Die ultrakurzen Wellen werden in besonders gebauten Hören erzeugt, durch einen Spiegel scharf gebündelt und mittels eines kreisförmigen Reflektors von etwa 3 Meter Durchmesser auf einen entsprechenden Gegenreflektor bei der Empfangsstation gerichtet. Auch in Frankreich eine Anlage von 10 Kilometer Wellenlänge soll ein derartiger Ultra-Kurzwellenleiter errichtet werden. Man gibt den Kurzwellenleitern deshalb den Vorrang, weil kurze Wellen weder durch atmosphärische Störungen noch durch langwellige fremde Sender beeinflusst werden können. Außerdem eignen sich Kurzwellenapparate gut für Fernschreibbetriebe.

160 Extrazüge

Für den diesjährigen Weihnachts-Keiserverkehr stellt die Reichsbahn 162 Vorr- und Nachzüge und außerdem 8 bis 10 Sonderzüge bereit. Die fahrplanmäßigen Züge sollen durchwegs verläßlich werden. Im vergangenen Jahr wurden zu Weihnachten 134 Extrazüge benützt. Für dieses Jahr schätzt die Reichsbahn den Keiserverkehr zu Weihnachten noch etwas höher ein.

## Einheitschwindel der KPD.

Schamloser Klassenverrat der KPD.

Hambura, 20. Dez. (Ein. Draht.) Eine Illustration zu dem Einheitsfrontgeschreiber KPD. Dieser der Fall des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Jürgensen, der kürzlich in Elmshorn die Wahl eines Sozialdemokraten zum Bürgermeister ermaßlichte. Der rechtsbürgerliche Kandidat fiel durch.

Dieser Ausgang der Wahl hat die KPD. gegen Jürgensen auf den Plan gerufen. Sie leitete gegen Jürgensen ein Verfahren ein, das jetzt damit endet, daß Jürgensen sich selbst von der „Falschheit“ seiner Auffassung überzeugt hat und durch eine in der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlichte Erklärung zur Kenntnis gibt, daß seine Haltung der politischen Linie der kommunistischen Partei widersprochen habe. Seine falsche Haltung bei der Abstimmung habe nur dem Zweck entsprochen, noch besser als bisher den sozialfaschistischen Charakter der Politik der Sozialdemokratie zu erklären. Aber auch dieser Gesichtspunkt sei falsch gewesen. Durch schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratische Führer werde es der KPD. gelingen, den Massenverrat der SPD. zu brechen und nur auf diese Weise sei der siegreiche Kampf gegen den Sozialismus möglich. Form und Inhalt der Erklärung lassen deutlich erkennen, daß Jürgensen, der für würdig befunden wurde, die KPD. im Reichstag zu vertreten, eine ihm von der Bezirksleitung diktierte Erklärung unterschrieben und sich damit selbst gezeichnet hat. Nicht genug damit fügt das kommunistische Blatt im Feldzug hinzu, daß mit dieser Erklärung den „Reformisten und Opportunisten“ eine energiegelbe Wahn in ihrer Spekulation auf Hilfe aus anderer Partei erreicht worden ist. Eine einseitige Bestätigung zu dem Einheitsfrontgeschreiber der Moskauer Manuskripten.

## Der Bettelorden



„Erschütternd, Joseph, wie die armen Jungen betteln müssen.“ — „Läß nur, besser sie betteln, als daß sie meuern.“

# Freistaat Baden

## Die badische Regierung ist an der Arbeit

Der Herr Kultusminister teilt Fleißzettel aus!

Unterricht: Die bösen „Roten“ haben nicht gefolgt, wenn sie vom Weihnachtsmann übergeben, für die armen Mütterchen aber ist der Weihnachtsstich reichlich gedeckt. Der schwarze Nikolaus hat ja den gebührenden Dank von der Krie bekommen, weshalb soll er nicht splendid sein, zumal ja auch fürs Zentrum beim „Paterschub“ etwas abgefallen ist und noch einiges abfallen wird.

Die Gefahr, daß für das Tiefstadium im Kultusgebäude eine Notstandsverordnung eintrete, ist durch die neue Blutmischung nicht zu befürchten. Die „liberale“ Volkspartei hat ja in Grundbesitz nichts mehr zu verlieren, seit Herr Mattes entdeckt hat, daß „Freiheit“ in den letzten Jahrzehnten ein durchaus relativer Begriff geworden ist. Die liberalen „Belange“ der Schule sind gewahrt, gewahrt durch die „relativ freiheitlich“ gestimmte liberale Volkspartei! Ob sich der Badische Lehrerbund und der vornehmere Bruder, der Badische Pädologengemeinschaft die Erfüllung von dem Uebel des so oft behaupteten Parteibuchbeamtentums wohl so vorstellt haben?

## Zentrum und sozialdemokratische Anträge

Beimlich, sehr beimlich, sind offenbar dem Zentrum die Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zur Einberung der Not. Der „Badische Beobachter“ meint in seiner Dienstausgabe, die Sozialdemokratie habe jetzt „eine unanfechtbare Arbeit, nachdem sie sich unter großem Krach in den eigenen Reihen in die Opposition wandelt, und ihre Oppositionshaltung auch im Landtag zum Ausdruck bringen muß.“ Den Anträgen der Sozialdemokratie an den Landtag jede man auf Schritt und Tritt an: „Anträge stellen ist nicht schwer, die Kosten dafür ausbringen, umso mehr.“

Am unangenehmsten ist dem Zentrum der Antrag betreffend die Aufhebung des Fleißsteuererlasses. Der „Badische Beobachter“ trägt, weshalb denn neben Baden, Braunschweig, Thüringen usw. auch in Preußen die Fleißsteuer eingeführt wurde zu der Zeit, als der Sozialdemokrat Braun noch im ganzen Umfang als Ministerpräsident fungieren konnte. Und weiter trägt das Zentrum, warum sich plötzlich die badische Sozialdemokratie, nachdem sie nicht mehr in der Regierung sei, an eine durch die Fleißsteuer erfolgende Belastung der Masse erinnere, während sie als sie in der Regierung saß, solche Bedenken nicht gehabt habe? Die weiteren Anträge der Fraktion werden dann vom „Badischen Beobachter“ unter dem Rubrik „durchaus unangenehme Opposition“ verzeichnet.

Was hier, bezüglich der sozialen Anträge, gemacht werden kann, so schreibt der „Badische Beobachter“ wird ohne die sozialdemokratischen Anträge schon von anderen gemacht. Zum Schluß meint das Zentrum, die Sozialdemokratie beweiße durch ihre Anträge, wie durch die Deduktionsvorschlüsse, daß sie sich die Opposition sehr leicht mache, und trotz ihrer eigenen Erfahrung innerhalb 14 Jahren als Regierungspartei, nicht davon zurückzureden, heute das zu tun, was sie noch vor kurzer Zeit als verantwortungslos bei anderen verbannte und verwarf.

Beimlich, sehr beimlich berührt und verärgert: das ist der einzige Schluß, den man aus diesem Artikel des „Badischen Beobachter“ ziehen kann. Statt sachliche Auseinandersetzung, Höflichkeit und Kritik und haltlose Unterstellungen. Der „Badische Beobachter“ tragt, wenn er meint, die Anträge der Sozialdemokratie seien aus ihrer nunmehrigen oppositionellen Haltung geboren. O nein! Diese Anträge wären auch gestellt worden, wenn die Sozialdemokratie noch an der Regierung teilgenommen würde. Wir können dem „Badischen Beobachter“ sogar verraten, daß die Anträge schon beraten wurden, als von einem Austritt aus der Regierung noch nicht die Rede war. Die Anträge sind geboren aus der Not und dem Elend des Volkes. Es ist das Mindeste, was angesichts dieser Not verlangt werden muß. Und es mußte dies verlangt werden, ob die Partei in der Regierung vertreten ist, oder nicht. Die Sozialdemokratie hat auch in der Regierung nie vergessen, daß die Wahrnehmung der Interessen der breiten Volksschichten, des arbeitenden Volkes, ihre erste Aufgabe ist. Und die sozialdem. Fraktion hätte auch bei weiterer Regierungsteilnahme unter allen Umständen die Maßnahmen verlangt, die sie jetzt als ihre Forderungen in den Anträgen niedergelegt hat. Der Vorwurf, diese Anträge seien nur aus der jetzigen Oppositionshaltung geboren, ist deshalb als eine haltlose und böswillige Unterstellung mit aller Schärfe zurückzuweisen.

Die Sozialdemokratie war von jeher schon gegen die Fleißsteuer. Es war die Sozialdemokratie, die die Fleißsteuer schon vor Jahren im Landtag zu Fall brachte. Das Gesetz war bekanntlich aufgehoben, die Sätze fanden nur noch im Etat 1932/33, sie wären aus dem nächsten Etat verdrängt. In Preußen war die Einführung der Steuer lediglich eine politische Notmaßnahme gegenüber den drohenden Eingriffen des Reichs. Der „Badische Beobachter“ kennt sicher die tieferen Ursachen, weshalb in Preußen die Fleißsteuer eingeführt werden mußte. Wenn er sie nicht kennt, soll er sie sich von einem preußischen Zentrumsgesandten nennen lassen.

Soviel wir wissen, hat sich der sozialdemokratische Vertreter in der badischen Regierung sofort entschieden gegen die Fleißsteuererhöhung des Finanzministers gewandt. Auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion sprach sich sofort gegen diese Steuer aus. Und wenn die Steuer nicht zu umgehen war, so verlangte das sozialdemokratische Regierungsglied eine Staffelung und eine Regelung, die den Verbraucher nicht belastet hätte. Gegen die Steuer, wie sie jetzt festgelegt ist, hätte die sozialdemokratische Fraktion stärksten Einspruch erhoben; sie hätte das Gesetz abgelehnt, ob in oder außerhalb der Regierung.

Der „Badische Beobachter“ beweist sich auch in ganz merkwürdigen Widersprüchen. Während er auf der einen Seite „feststellt“, daß die sozialdemokratischen Anträge eine „durchaus unangenehme Opposition“ bedeuten sollen, bemerkt er eine Zeile weiter, daß dies, was da verlangt werde, schon von anderer Seite gemacht werde! Wenn es die Herren aus dem eigenen Lager tun, ist es also keine „durchaus unangenehme Opposition“ mehr. Zentrumspolitik! Wenn aber die „anderen“ etwas machen wollen, so ist es höchste Zeit, denn in drei Tagen ist Weihnachten! Und wenn noch etwas gefordert soll, so läßt die Sozialdemokratie den „anderen“ gerne den Vorzug. Weil es ihr nicht um die Konturrenz, sondern um die Sache zu tun ist. Für das, was „andere“ machen, sind wohl auch die Deduktionsvorschlüsse vorhanden? Nur bei den sozialdemokratischen Anträgen vermischt man die Deduktionsvorschlüsse für welche Anträge vermischt denn den „Badischen Beobachter“ die Deduktionsvorschlüsse? Was er bezüglich der Hagelversicherung sagt, zeigt, daß er die Dinge nicht kennt. Denn es gibt keine Bestände der Hagelversicherung, sondern nur ein Betrag, der in den Voranschlag einbezahlt ist, und der im diesjährigen Voranschlag 300 000 M. beträgt. Dieser Betrag steht nach der Hagelversicherungsordnung, wenn er nicht gebraucht wird, dem Finanzminister ohne weiteres zur Verfügung. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt von diesem nicht benötigten Betrage die Summe von 200 000 M. Die Fraktion

beabsichtigte ursprünglich, diesen Betrag für die Gemeinden auszuverleihen.

Die Nichtgabe belastet die Gemeinden, ihre Erhöhung ebenfalls. Gerade deshalb beantragt die Sozialdemokratie, daß die gemeindlichen Woblfabrikserwerbslösen in die Kriegenfürsorge überführt werden, damit die Gemeinden nicht weiter belastet werden.

Auch bezüglich des Arbeitsbeschaffungsprogramms sind Deduktionsvorschlüsse aus dem Etat nicht nötig. Der Antrag der Fraktion besagt ja, daß die Regierung bei der Reichsregierung darauf hinwirken möge, daß der in der Reichsnotverordnung vom 4. September 1932 angeführte Betrag von 700 Millionen Mark alsbald für öffentliche Arbeiten zur Verfügung gestellt werde.

Alles in allem also: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat jeden Antrag genau geprüft, sie weiß genau, was sie verlangt, und sie kann für das, was sie will, in aller Öffentlichkeit einstehen. Sie weist die Unterstellungen entschieden zurück. Durch den Kriebergang der Wirtschaft, durch eine unsoziale und volksfeindliche Regierungspolitik ist das deutsche Volk ins Elend gekommen, in dem es heute leben muß. Wenn das Wohl des Volkes am Herzen liegt, wer verbietet ihm, daß die Katastrophe entritt, der muß alles tun, um dem Volke über die nächsten schweren Monate hinwegzuhelfen. Die sozialdemokratischen Anträge zeigen einen Weg, wie geholfen werden kann. Wer wirklich helfen will, der geht auf diesem Weg mit. Und wer nicht, das wird sich ja im Landtag bei der Beratung der Anträge zeigen.

# Kulturpolitische Gefahrenzone

## Christliche Kulturpolitik

Von R. G. Haedler

Wenn von den Gegnern des Kontrabais darauf hingewiesen wurde, daß dieser Vertrag ein sehr einseitiger sei, daß zwar der Staat sich verpflichte, aber die Kirche in der angenehmen Lage sei, mit dem dargebotenen kleinen Finger die ganze Hand zu ergreifen, so dachte wohl niemand daran, daß schon wenige Tage später das Reichszentrum keine Ansprüche anmelden werde. Und zwar mit einer Eindeutigkeit und Schärfe, die sehr klar die gegenwärtige kulturpolitische Situation beleuchtet.

Die Reichsstaatsfraktion des Zentrums hat, wie die Zentrumspresse berichtet, zur Frage der „christlichen Staatsführung“ einige Anträge eingebracht, die uns besonders in Baden interessieren müssen.

Einstehend wird, nach einigen Dingen gegen die Verlager v. Papen und Gahl bemerkt, daß das Zentrum verpflichtet sei, nunmehr „vom christlich-kulturellen Standpunkt feste Normen aufzustellen für die christliche Staatsführung, wobei der Gedanke neutralisierter Staaten unter allen Umständen abzulehnen war.“

Es ist seit langem ein Kennzeichen des modernen Staates und vor allem der Demokratie und der Republik gewesen, daß der Staat — im Gegensatz zum Mittelalter — in Weltanschauungsfragen „neutral“ war, daß er die Gewissensfreiheit aller seiner Bürger schützte und jede Konfession und Weltanschauung als gleichberechtigt erachtete. Damit soll es also nun Schluß sein. Der Kirchenstaat des Mittelalters soll wieder auferstehen. Man kann dies nicht klarer und eindeutiger aussprechen als es hier geschieht: „Wir verlangen es in Deutschland, daß der Staat sich bewußt den christlichen Maximen unterordnet und daß nach ihnen auch jede Regierung ihre Norm und Bestimmung richtet.“

Das heißt nichts anderes, als die restlose Unterordnung des Staates unter die Macht der Kirche.

Wenn je ein Zweifel darüber war, wohin die Reaktion steuert, jetzt wissen wir es, und wissen, daß nicht nur auf dem sozialen und allgemeinen politischen Gebiet die Gegenrevolution auf dem Marsch ist, auch im Bereich der Kulturpolitik will man weit hinter 1918, ja hinter 1870 zurückgehen.

In diesem Zusammenhang, so heißt es weiter, „soll die vorordentliche Sorge des Zentrums der christlichen Jugendberziehung unter Ablehnung aller jener Pläne und Absichten, die nur verwerfliche Ziele verfolgen und die andererseits auch die Energien

## Krile und Landesversicherungsanstalt

Die Landesversicherungsanstalt Badens hielt in Ettlingen ihre diesjährige Generalversammlung ab, wobei Präsident Kaulsch erklärte, daß gegenüber dem Voranschlag für das Jahr 1932 ein Ausfall von 7,6 Millionen zu verzeichnen sei. Das gesamte vorhandene Vermögen müsse als festgefroren bezeichnet werden. Seit 1930 sei ein Rückgang des Vermögens um etwa 16 Millionen Mark zu verzeichnen, der monatliche Fehlbetrag sei mit 300 000 bis 400 000 M. zu beziffern. Der Voranschlag für das Jahr 1933 enthalte trotz aller Sparmaßnahmen einen Fehlbetrag von 2,6 Millionen Mark. Die Heilanstalten Nordrach und Hirschbald seien geschlossen und durch Abbaumassnahmen Ausgabebeschränkungen vorgenommen worden.

## Konstanzer Protest abschlägig beschieden

WZ, Konstanz, 19. Dez. Auf die Vorstellung der Stadt Konstanz beim Reichsfinanzministerium, daß das bisherige Kontingent der zollfreien Einfuhr von 2500 Kilo Schweizer Milch nach Konstanz weiter bestehen bleiben soll, hat nun das Reichsfinanzministerium in ablehnendem Sinne geantwortet, so daß die Verordnung des Reichsfinanzministers vom 16. Dezember ds. Js. bestehen bleibt, wonach fortan auf 100 Kilo Milch 5 RM Zoll erhoben wird.

christlicher Organisationen schmälern, wenn nicht gar ausschalten.“ Die „verwirklichten Ziele“ sind etwa die „Gemeinschaftsschule“, und die „Ausrichtung der christlichen Organisationen“ ist vermutlich schon dann gegeben, wenn die Kirche nicht den ihr notwendig bleibenden Einfluß auf die Schule bekommt.

Schulpolitisch-praktisch heißt dies: es muß ein Reichsschulgesetz nach den Wünschen des Zentrums geschaffen werden und hier beginnt auch die Lage für Baden interessant zu werden vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß das Kontrabais angeblich die Simultanschule sichere. In der Reichsstaatsfraktion des Zentrums — der ja auch Herr Dr. Föhr angehört — scheint davon nichts bekannt zu sein. Denn es heißt in den Anträgen der Zentrumspresse wörtlich: es sei ein Reichsschulgesetz vorzulegen, das „der Befehlsschule in allen Ländern des Reiches Raum gibt“ und weiter „der Privatschule die notwendige Lebensmöglichkeit gibt.“ Mit anderen Worten: die nach Art. 174 des Grundgesetzes in Baden gewährte Sonderstellung soll fallen, auch in ihnen sollen konfessionelle Schulen errichtet werden dürfen und weiter soll den „Privatschulen“ — und das werden dann vorwiegend Ordensschulen sein — eine Stellung gegeben werden, die ihnen die Möglichkeit der Konkurrenz mit den staatlichen Schulen sichern.

An anderer Stelle wird eine „Bereinfachung im höheren Schulwesen“ gefordert. Es ist nicht ohne weiteres ersichtlich, was damit gemeint ist, sicherlich nicht etwa ein Abbau der Stundentafel für den Religionsunterricht.

Ferner sollen „Maßnahmen ergriffen werden, den Artikel 149 Abs. 1 in allen Ländern und bezüglich aller Schularten zur Durchführung zu bringen.“ Dieser Artikel sichert den „Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach“. Das heißt also, daß nunmehr in ganz Deutschland (wie schon in Baden) auch in den Fachschulen der Religionsunterricht eingeführt werden soll.

Nun kann man vielleicht sagen, es sei nicht leicht wahrnehmlich, daß diese Anträge im Reichstag bald verabschiedet werden. Zweifellos wird es zum Teil von der allgemeinen politischen Entwicklung abhängen, insbesondere von der Frage, ob zwischen Zentrum und Nationalsozialisten eine Einigung erfolgt. Aber es muß auch damit gerechnet werden, daß bei der Neigung zu „christlicher Staatsführung“, die ein Kennzeichen der bisherigen Präbivalentzungen ist, die Pläne des Zentrums rascher, als mancher glaubt, zur Verwirklichung kommen, weil sie in ihrem Wesen durchaus der kulturpolitischen Linie der Barone und Generäle entgegenkommen. Noch immer war kulturpolitische Forderungen ein beliebtes Kompensationsobjekt für das Zentrum.

# Linksregierung in Frankreich

## Paul-Boncour neue Männer - Deutschland bekommt ein Beispiel

Die französische Regierung, die Paul-Boncour in verhältnismäßig kurzer Zeit gebildet hat, ist eine reine Linksregierung. Sie steht noch weiter links als das Kabinett Herriot.

Der neue Ministerpräsident hat zwar auch versucht, sich eine möglichst breite Basis zu sichern und auch Mitarbeiter aus dem Lager der gemäßigten Linken heranzuziehen. Das ist ihm allerdings nur in geringem Maße gelungen. Er hat dort verbliebene Anhänger erfahren, weil eben die gesamte Tendenz seiner Regierung deutlich darin geht, sich vor allem die Unterstützung der Sozialisten auch in den inneren Budgetfragen zu sichern, in denen aber kurz oder lang das Kabinett Herriot gescheitert wäre, wenn es nicht inzwischen über die Schuldenfrage gestimmt wäre. Die Ernennung von „Bater Cheron“ zum Finanzminister, der als Sozialdemokrat der Interessen des „kleinen Mannes“ gilt und im Volk viel Beliebter ist als in großkapitalistischen Kreisen, ist ebenfalls als ein Zugeständnis an die Linke gemacht und dürfte die Gegensätze zwischen rechts und links im Parlament verschärfen. Im übrigen besteht Boncour's Mannschafft zum größten Teil aus seinen bisherigen Kollegen vom Ministerium Herriot, von denen nur sehr wenige ausgeschieden sind. Herriot selbst hat Boncour's Ministerliste ausdrücklich gebilligt und ihm seine Unterstützung versprochen.

Interessant sind verschiedene Namen, die zum erstenmal in einer Regierung befehlen, die die Linksorientierung des neuen Kabinetts klar hervortreten lassen:

So ist der Finanzminister Miellet hauptsächlich dadurch bekannt gewesen, daß er in Velfort die stärkste lokale Widerlager von Tardieu ist; der persönliche Unterstaatssekretär von Boncour im Ministerium wird der Abgeordnete Eugen Frot sein, der erst vor wenigen Wochen aus der sozialistischen Partei wegen Meinungsverschiedenheiten über gewisse von Boncour geforderte Kredite ausgeschieden ist; Unterstaatssekretär im Staatsministerium wird der Abgeordnete Francois de Tessan, der viele Jahre hindurch als Leiter des Pariser Büros des großen linksfranzösischen radikalen Blattes „L'Esclaire de Toulouse“ einen mutigen Kampf für die Linksorientierung im Innern und für Verständigungspolitik nach außen geführt hat. Doch ist vielleicht die bemerkenswerteste Ernennung die des Abgeordneten Pierre Cot zum Unterstaatssekretär im Außenministerium, also an eine zweifellos einflussreiche Stelle. Cot, der einstmalige Sekretär von Poincaré, hat sich in den letzten fünf Jahren einen Namen gemacht als eifriger Wortkämpfer einer Politik der Verständigung zwischen

Frankreich und Deutschland. Als solcher hat er innerhalb der Radikalen Partei auf vielen Kongressen in Opposition gegen Herriot gestanden, dem er seine zögernde Haltung in allen Fragen zum Vorwurf machte, wo es galt, gerechten und durchführbaren Forderungen Deutschlands rechtzeitig und weitgehend entgegenzukommen. Er war der Wortführer des linken Flügels der Radikalen in diesen Fragen und unterschied sich kaum noch von den Sozialisten.

Seine Ernennung ist insofern überraschend, als sie gerade unter Paul-Boncour erfolgte, von dem man leider, obwohl er bis vor einem Jahr der sozialistischen Partei angehörte, keine allzu harte Außenpolitik erwarten darf. Jedenfalls dürfte Cot eine sehr nützliche Ergänzung von Paul-Boncour im französischen Auswärtigen Amt sein.

Freilich: Zur Verständigung gehören zwei Partner. Inwiefern darf sich das deutsche Volk, das sich millionenweise den Schanzarbeiten des extremen Nationalismus in die Arme gemorlen hat und jetzt stark militärisch regiert wird, nicht wundern, wenn eine an sich durchaus verständigungsberete französische Linksregierung nur zögernd und sogar misstrauisch an die außenpolitischen Probleme der nächsten Zukunft herangeht. Es geht nicht an, im eigenen Lande dem Militarismus und der Reaktion zu huldigen, und von dem Nachbarland lauter Verständnis und Entgegenkommen zu erwarten, nur weil dort eine Linksregierung am Ruder ist, die auf sozialistische Unterstützung angewiesen ist. Möge das deutsche Volk das Beispiel des französischen beherzigen und sobald als möglich den Weg der demokratischen Erneuerung in der Innern- und Außenpolitik wiederfinden.

Paul-Boncour hat von seinem Vorgänger Herriot die Geschäfte des Außenministeriums übernommen und sich die Abteilungsleiter vorstellen lassen. Dann empfing Paul-Boncour den Arbeitsminister Daladier, der von dem Generalsekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Joubaux begleitet war. Joubaux setzte dem Ministerpräsidenten die Wünsche der Arbeiterchaft, vor allem in Bezug auf die Verringerung der Arbeitslosigkeit, auseinander und hat ihn, diesen Wünschen in einem Regierungsprogramm Rechnung zu tragen.

Paul-Boncour hielt am Montag eine Ansprache, die durch Rundfunk verbreitet wurde und in der er erklärte, die Politik des neuen Kabinetts sei eine Politik des Friedens, der Organisation der Demokratie und eine Politik des finanziellen Wiederaufbaus.



Kleine bad. Chronik

Rebel behindert die Rheinschiffahrt

Die Rheinschiffahrt ist schon neun Tage auf der Strecke Mannheim-Basel und seit fünf Tagen nun auch noch oberhalb Köln durch Rebel in dieser kaum getannem Ausmaße lahmgelegt.

Geheimbrennereien ausgehoben

Rebel ist in Verbindung mit den Beamten des Zollabteilungsdienstes Freiburg gelungen, einer Geheimbrennerei in Kitzersburg auf die Spur zu kommen.

Schweres Unglück auf einem Rheinschiff

Rebel, 20. Dez. Der Schiffsführer und Besitzer des Rheinschiffes 'Hilde', welcher bei Söllingen am Fort Louis am elftägigen Ufer den festgefahrenen Kahn 'Schiller' leuchtete, geriet am Sonntag beim Verholzen mit seinem linken Arm in das Getriebe der Antriebsmaschine.

Dreier Eindrehen - Zwei Frauen mit der Pistole bedroht und beraubt

Freiburg i. Br., 20. Dez. Gestern nacht gegen 11 Uhr drang ein Eindrehen in das Kolonialwarengeschäft Grammelbacher in der Reiterstraße ein.

Florzheim, 20. Dez. Schlafmittel in Kinderhand

Gestern mittags gegen 12 Uhr ereignete sich in einem Hause der Holzgartenstraße ein Unfall. Ein einjähriges Mädchen ermittelte in der elterlichen Wohnung beim Spielen ein Fläschchen mit einem Schlafmittel und trank daraus.

Nordrach, Amt Offenburg, 20. Dez. Unfall eines Anabers

Gestern nachmittags ereignete sich im Wald ein schrecklicher Unfall. Der etwa 15jährige Sohn Emil des Holzbauers Gustav Braun kratzte seinem Vater das Mittagesfen in das Gesicht und stellte es zum Erwärmen an ein offenes von den Holzmachern hierzu angelegtes Feuer.

Kensingen, 20. Dez. Auch in Südbaden Zigarettenpapier-Schmuggler

Der Landwirt Joseph Jäger und der Arbeiter Johann Lorber, beide aus Kappel a. Rh., Schmuggelten seit längerer Zeit Zigarettenpapier in größeren Mengen.

Aus dem Gerichtssaal

Schwurgericht Karlsruhe

Wegen verjuchten Totschlags vor den Geschworenen

Im Vor dem Karlsruher Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Rudmann hatte sich heute die 36 Jahre alte ledige Wirtschafterin Elie Maria Geil mit aus Moslowitz bei Rastatt wegen Totschlagsverdachts zu verantworten.

Die Angeklagte gibt auf Betragen des Vorsitzenden eine eingehende Schilderung ihres Lebens. Am 1. Januar 1922 war sie bei Viktor May, der damals ein Autogeschäft in Rastatt betrieb, als Wirtschafterin eingetreten.

Die Angeklagte gibt auf Betragen des Vorsitzenden eine eingehende Schilderung ihres Lebens. Am 1. Januar 1922 war sie bei Viktor May, der damals ein Autogeschäft in Rastatt betrieb, als Wirtschafterin eingetreten.

Max May verlangte, daß sie das Haus verlasse, um den ewigen Streitigkeiten ein Ende zu bereiten. Schließlich kam Max May nach Bruchsal, Sie war überaus reich und leuchtig geblieben und hatte die Absicht, sich zu verheiraten.

Wegen Totschlagsverdachts vor den Geschworenen

Nach über einständiger Beratung verurteilte der Vorsitzende das Urteil. Die Angeklagte Geil wurde wegen verjuchten Totschlags zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.

schmutziger Weise benommen und jeglichen Unterhalt für das Kind der Angeklagten verweigert.

Nach sechs Jahren wegen Meineids vor Gericht

Im Als letzten Fall verhandelte das Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Rudmann heute abend die Meineidsanklage gegen den 26 Jahre alten ledigen Strohauer Albert Denig aus W. Ferdingen bei Florzheim.

Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten wegen Meineids zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre abzüglich zwei Monate Untersuchungshaft.

Partei-Nachrichten

Werber für den Büchertreis

Unsere Buchgemeinschaft 'Der Büchertreis G.m.b.H.' Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7, sucht in allen Orten, Ortsteilen und Betrieben Buchstellen zu gründen und bittet Büchertreue, die sich für diese Arbeit interessieren, sich mit ihm oder seinen schon bestehenden Buchstellen in Verbindung zu setzen.

Theater - Konzerte - Kunst

Mittelalterliche Weihnachtsspiele

Die 'Laienpielergruppe Karlsruhe' hat es sich zur verdienstvollen Aufgabe gemacht, für die Weihnachtszeiten einige der mittelalterlichen Weihnachtsspiele aus Oberufer bei Freuburg zu neuem Leben zu erwecken.

Wieder ist das Abflußrohr verstopft!

Unangenehm, wenn sich das Wasser im Abflußrohr staut. Sollen Sie es niemals so weit kommen. Mit uns können Sie das vermeiden.

Nur etwa 10 bis 12 Pfennige kostet Sie im Durchschnitt die Kilowattstunde für Beleuchtungs-, Kraft- und Heizzwecke wenn Sie nach dem Badenwerttarif auch elektrisch kochen. Ueberzeugen Sie sich!

Lest Bücher damit schult ihr den Verstand! TACHOSchnellwaagenfabrik G.m.b.H. Karlsruhe in Baden

Jetzt Bettwäsche billig kaufen! Parade-Kopfkissen, Bett-Barnitur, Damast-Bettbezüge, Tischwäsche, Kaltedecken, Kunstlederdecken, Teegedeck

BESUCHT DAS VOLKSHAUS SCHÜTZENSTRASSE 16 Moninger Bier GUTE KÜCHE UND KELLER EIGENE SCHLACHTUNG ANGENEHMER AUFENTHALT

Milch das billigste und bekömmlichste Nahrungsmittel Schuh-Zentrale Offenburg, Hauptstraße 38

# Eine sinnvolle Weihnachtsgabe **Gute Hausmusik**

in Gestalt von Schallplatten und Sprech-Apparaten der Lindström A.-G.

Aus ihrem vielseitigen Repertoire empfehlen wir nachfolgend eine Auswahl der beliebtesten

## Gloria- und Odeon-Platten

### Opernmusik, Gesang mit Orchester

- Hans Heinz Bollenmann, Tenor, Bizet, Carmen: Blumenarie. Rückseite: Meyerbeer, **1.50**  
 Afrikanerin: Land, so wunderbar 25 cm  
 Korfing, Undine, Vater, Mutter. Rückseite: Flotow, Martha, Ach so fromm" 25 cm **1.50**  
 Fritz Krauß, Tenor  
 Wagner, Flieg Holländer, Mit Gewitter und Sturm". Rückseite: Meyerbeer, **2.50**  
 Hugonotten, Ihr Wangenpaar" 25 cm  
 Weill Brecht, Dreigroschenoper  
 Kanonensong. Rückseite: Tangoballade . . . 25 cm **2.50**  
 Georges Baklaouff  
 Lied der Wolgashlepper. Rückseite: Im Gefängnis, Russische Volkweise 25 cm **2.50**

### Tonfilm-Platten

- Ein blonder Traum  
 Wir zahlen keine Miete mehr, Jop-  
 trot. Rückseite: Eins, zwei, drei  
 und vier, Joptrout aus: Zigeuner  
 der Nacht . . . . . 25 cm **1.50**

### Arbeiterplatten

- 13 er Quartett des Vorwärts, Hannau  
 „Wir bauen eine neue Welt“. Rück-  
 seite: „Lied der Arbeit“ . . . 25 cm **1.50**  
 Uthmann  
 Empor zum Licht. Rückseite: Scherchen,  
 Brüder zur Sonne, zur Freiheit . 25 cm **1.50**  
 Oberschlesischer Bergmannschor  
 mit Orch. Gesang der Bergleute. Rückseite:  
 Die Internationale für Blasorch. 25 cm **1.50**  
 Hanns Eisler dirigiert: Solidaritäts-  
 lied aus „Ruhle Wampe“ Rückseite:  
 Ballade von den Sädeschmiedern 25 cm **1.50**  
 Lied der Bergleute. Rückseite: Lied der  
 Arbeitslosen . . . . . 25 cm **1.50**  
 Lied der Baumwollspinnler. Rückseite:  
 Ballade vom Nigger Jim . . . 25 cm **1.50**  
 Arbeiter-Marseillaise, gesungen vom  
 Odeon-Männerquartett. Rückseite: Ein  
 Sohn des Volkes will ich sein . 25 cm **2.50**  
 Das Lied vom Arbeitsmann, Großes  
 Odeon-Orchester mit Chor. Rückseite:  
 May, Gesang der Bergleute . . 25 cm **2.50**  
 Sozialistenmarsch  
 für Männerchor. Rückseite: Uthmann,  
 Empor zum Licht . . . . . 25 cm **2.50**

### Orchestermusik

- Offenbach  
 Orpheus in der Unterwelt, Ouvertüre.  
 Doppelseitig . . . . . 25 cm **1.50**  
 Suppé  
 Dichter und Bauer, Ouvertüre. **1.50**  
 Doppelseitig . . . . . 25 cm  
 Flotow  
 Martha, Ouvertüre **1.50**  
 Doppelseitig . . . . . 25 cm  
 Wagner  
 Tannhäuser, Pilgerchor. Rückseite:  
 Verbi, Alida, Triumphmarsch . . 25 cm **1.50**  
 Puccini  
 Fantasia aus Tosca. Rückseite: desgl.  
 Bohème . . . . . 25 cm **2.50**  
 Bizet  
 Carmen, Ouvertüre. Rückseite: Carmen  
 4. Akt, Vorspiel . . . . . 25 cm **2.50**

### Tonfilm-Platten

- Der Kongreß tanzt  
 Lillian Harvey  
 „Das gibts nur einmal . . . . .“ **2.50**  
 Rückseite: Heurigenlied . 25 cm

### Schlagermusik

- Hans Hein, Bollenmann, Tenor  
 mit Berliner Symphonieorchester „Sei  
 gegrüßt, du mein schönes Sorrent“. Rück-  
 seite: „Meine Sonne“ (o sol mio) 25 cm **1.50**  
 Wien und Rhein  
 Serous, Wien! Wiener Liebespotpourri  
 mit Gesang Doppelseitig . . . 25 cm **1.50**  
 Mit Willi Ostermann am Rhein. Rhein-  
 isches Gesangspotpourri. Doppelseitig 25 cm **1.50**  
 Wir walzen. Walzerpotpourri m. Chor,  
 Doppelseitig . . . . . 25 cm **1.50**  
 Zithertrio Freundorfer  
 „Im Prater blüh'n wieder die Bäume“,  
 Wiener Lied. Rückseite: Strauß, Ge-  
 schichten aus dem Wiener Wald 25 cm **1.50**  
 Eric Harden-Tanzorchester  
 „Schade, daß Liebe ein Märchen ist.“  
 Rückseite: „Wie gern möchte ich dich ver-  
 wöhnen“ . . . . . 25 cm **1.50**  
 Koschat - Sänger m. Instrumentalbegleitung  
 „Mein schönes Innsbruck am grünen  
 Inn“, Lied. Rückseite: Gruß ans Ober-  
 innthal, Volkweise . . . . . 25 cm **1.50**

### Kabarett

- Robert Koppel  
 m. Orchester und Ensemble: „Es rauscht  
 der Wald“, Bänkellied. Doppelt. 25 cm **1.50**  
 Weiß Ferdl  
 mit Orchester: Vor und nach der Hoch-  
 zeit. Doppelseitig . . . . . 25 cm **1.50**  
 „O süße Heimatlaute“. Rückseite: Eine  
 Juppelintze . . . . . 25 cm **1.50**  
 Fred Luftig  
 Der Ueberzieher, Couplet. Rückseite: Der  
 gewissenhafte Maurer, Couplet. 25 cm **2.50**  
 Claire Waldoff  
 mit Klavier: „Hermann heßt er . . . .“  
 Rückseite: „Kannst du mit denn noch  
 ein bisschen leiden“ . . . . . 25 cm **1.50**  
 Die schöne Galathee  
 „Klassisch, klassisch“, Couplet. Rückseite:  
 „Mann trägt wieder treue Augen“,  
 Walzer . . . . . 25 cm **2.50**  
 Comedian Harmonists  
 Ausgerechnet Donnerstag. Rückseite: „Wenn  
 der weiße Flieder wieder blüh't“ 25 cm **2.50**

### Tanzmusik, Märsche

- Gounod  
 Faust-Walzer, Rückseite: Strauß, In der  
 schönen blauen Donau, Orchester. 25 cm **2.50**  
 Strauß  
 Künstlerleben, Walzer. Rückseite: Wiener  
 Blut, Walzer . . . . . 25 cm **1.50**  
 Rosen aus dem Süden, Walzer. Rück-  
 seite: Morgenblätter, Walzer . 25 cm **1.50**  
 Eric Harden - Tanzorchester  
 „Es wird in hundert Jahren wieder so  
 ein Frühling sein“. Tango. Rückseite:  
 „In Santa Lucia“, Tango . . . 25 cm **1.50**  
 János Béla - Tanzorchester  
 „Dein Mund sagt nein“. Rückseite:  
 „Ich hör so gern Musik“ . . . 25 cm **2.50**  
 Kapelle A. Meurausch  
 Auf hohen Bergen, Walzer. Rückseite:  
 Jopstanz . . . . . 25 cm **1.50**  
 Schliersee Ländlerkapelle  
 Schliersee Klarinettenländler. Rückseite:  
 Trompetenländler . . . . . 25 cm **1.50**  
 Alpenlieder-Marsch  
 Wiener Schrammel-Orchester. Rückseite:  
 „Wo die Alpenrosen blüh'n“. Volkslied **1.50**

### Unsere Sprechapparate:

- Odeon Tischapparat **26.-** Odeon Tisch- **52.-** Columbia **67.-**  
 apparat Vornehme Ausführung. **2477** Tischapparat **2477**

Vorstehende Preise verstehen sich bei **Barzahlung!** Ratenzahlung kann bei entsprechen-  
 dem Aufschlag vereinbart werden. Vorführung von Platten und Apparaten jeder Zeit  
 ohne Kaufzwang in unseren Geschäftsräumen. Nicht vorhandene Platten werden  
 umgehend ohne Aufschlag besorgt. Wir bitten Prospekte und Kataloge anzufordern.

**Volksfreund-Buchhandlung** Karlsruhe, Waldstr. 28  
 Fernsprecher 7020/21



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

21. Dezember.

1375 †Ital. Dichter Boccaccio. — 1895 †Russ. Soz. Steniat. — 1917 †Maler Wilhelm Trübner. — 1921 †Phil. S. Popper-Von-Feus. — 1921 †Bulg. Nationalpoet Waloff. — 1929 Rücktritt des Finanzministers Bildeking. Folgt: Kolbenbauer. Wirtschaftsministerium: Robert Schmidt.

### Naziheße gegen einen Polizeibeamten zusammengebrochen

Als am 14. April die Regierung Brüning das SA-Verbot für das ganze Reich erließ, kam es in fast allen größeren Städten, zwischen aufgereagten Nazis und der Polizei zu Konflikten. In Karlsruhe, wo es außer einem Geheiß und Gelächel der Nazis zu nichts weiterem kam, verühten die Nazis durch abfällige und gebärdliche Bemerkungen gegenüber einzelnen Polizeibeamten, diese in Mißtraut zu bringen. Man schrieb über „maßlose Uebergriffe“ und „verantwortungsloses Verhalten“ einzelner Beamten, mit der offensichtlichsten Absicht, diese Beamten bei ihrer vorgelegten Behörde in ein schlechtes Licht zu bringen. So brachte in jenen Tagen die Karlsruher Nazizeitung die Nachricht, daß bei den Räumungsarbeiten vor dem Führergebäude auch ein alter Mann am Schwert hangeht und geschlagen worden sei. Spaltenlang ging die Schilderung dieser Tat durch das Naziblatt. Die „Badische Presse“, das „Ordnungsblatt“ brachte noch besondere Einzelheiten, ließ auch sogenannte Augenzeugen sprechen, um ja nicht dem Nazihaß nachzugeben und forderte nachher in geschwollenen Tönen die Entfernung des betreffenden Beamten. Ein Tag später kam die Sache vor den Schnellrichter. Gegen 7 Uhr fuhr nämlich der 31-jährige frühere Tierzuchtinspektor, der nachherige Diplomanwalt und jetzige Schriftleiter Dr. Kurt Heil mit seinem Auto die Kaiserstraße daher und rief laut zu dem Polizeibeamten: „Wut, schämen Sie sich!“ Er wurde zur Anzeige gebracht und sollte sich vor dem Schnellrichter verantworten. Dort wurden aber große Schauergerüchte erzählt und die Ueberweisung an den ordentlichen Richter beantragt. Um den geschlagenen alten Mann zu finden, wurde der Prozeß immer und immer wieder vertagt. Acht Monate sind seitdem vergangen, ohne daß sich dieser „von der Polizei zusammengebaute Mann“ gemeldet hätte. Im Gegenteil, bei der gestrigen Verhandlung erklärten die eigenen Parteigenossen genau das Gegenteil von dem, was der Angeklagte neben haben will.

Der frühere Tierzuchtinspektor schlug große Töne vor Gericht an und bildete sich ein, wenn er zu reden beginnt, schlüpfen alle anderen unter den Tisch. Weil dem aber nicht so war, wird der Angeklagte nunmehr auch den Glauben an die Justiz verloren haben. Der Staatsanwalt gab dem großtönigen Angeklagten die richtige Antwort. „Wenn einer alten Dame ihrem Röder auf den Schwanz getreten wird, ruft sie vielleicht: „Wut, schämen Sie sich“, aber nicht ein Mann wie der Angeklagte, der angeblich die Mißhandlung eines Staatsbürgers nicht mehr länger mit ansehen konnte. Grund seines Handelns war die Verärgerung über die Polizei, weil sie gegen seine Parteigenossen vorging. Der Staatsanwalt beantragte deshalb die Verurteilung. Der Verteidiger des Angeklagten, der Kasinobesitzer Knäus, begab sich wieder einmal auf das politische Parkett, ohne besser abzusprechen, als das sonst üblich ist. Was Herr Knäus dem Richter und Publikum vorzuzählen, ist ein so wirres Gemisch von Parteibloggen und nationaler Weltanschauung, daß es sich erübrigt, auch nur mit einem Wort darauf einzugehen. Der Einzelrichter schafft diesen Fall nun endlich aus der Welt, indem er diesen seinen Doktor Heil wegen Beamtenbeleidigung zu einer Geldstrafe von 35 M verurteilt.

### Schule und Vogelschuß

Der Ruf „Gedenket der hungernden Vögel!“ hat auch bei den Schülern der Karlsruher Volksschule Widerhall gefunden. Auch sie wollen, anerat durch die Schule, ihren Teil zur Linderung der Winternot unserer geliebten Freunde beitragen. Huden und Nädel haben in den letzten Wochen unter Anleitung der Lehrer gesägt, gehöhrt und geschminkt. Sie haben diese Arbeit umso lieber aufgenommen, als ihrer Lohn winkte. Zunächst galt es, die Kolosus aufzulösen, die St. Nikolaus begehrt hatte. Ober mühten Vater und Mutter die Klub nachträglich noch stiften, um die Pflanzgeister endlich los zu werden? Wenn dann nach harter Arbeit die harte Schale aufsprang, gab es oft Zweifel — nicht über die Verwendung des Kerns — wohl aber über die weitere Verarbeitung der Schale. Doch mit Unterstützung des Lehrers wurden alle Schwierigkeiten überwunden; denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. So dachten auch die Kleinen, die keine Kolosus ihr eigen nennen konnten, und doch auch mittun wollten. Sie erstanden sich einen kleinen Bierfürbis, zu nichts sonst nütze, als durch sein Dasein zu erfreuen, und bastelten daraus einen Futterbecher, der als rein inländisches Erzeugnis noch seinen besonderen Borsua hatte.

Draußen in der Vogelwarte wurde die Arbeit vollendet. Mit heißen Köpfen umfanden die Kinder den Kofstopf, mischten, rührten und gossen. Und das Ergebnis? Gegen 300 kleinen Futterglöckchen gingen aus den kleinen fleißigen Händen hervor. Nun hängen die Glöckchen an den Räumen im Schulhof, am Balkon und im Garten der ertlerischen Wohnung, und hinter dem Scheiben drückt man sich die Nase platt zu schauen, wer von dem Gabentisch nicht. Freude leuchtet aus den Augen, wenn die hungerigen Gäste, die uns auch in der schwersten Zeit des Jahres Treue halten, die Futterstelle umlagern und ihre Kletterkünste zeigen. Die kleinen Bastler werden so mit ihnen vertraut und nehmen Anteil an ihrem Schicksal. Es wäre erfreulich, wenn dieses Stück Erziehung zum tätigen Vogelschuß auch andernwärts Nachahmung fände.

### Betrügerische Stoffretende

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Immer wieder treten, hauptsächlich in Landgemeinden, Stoffretende auf, die Käufer auf betrügerische Weise schädigen. Sie zeigen zuerst Strümpfe oder Soden, das Paar zu 20 bis 40 Pf. vor, deren Wert aber höher ist und nehmen dann Bestellungen entgegen. Hiermit täuschen sie den Besteller in die Billigkeit ihrer Waren vor. Dann bieten sie angeblich englische Stoffe an, die sie bei sich führen. Sie erklären, die Stoffe seien von der Leipziger Messe und müßten billig abgesetzt werden, weil sie wegen des hohen Zolls nicht mehr nach England zurückgeführt werden könnten. Durch diese unwahren Angaben kommt ein Kauf zustande. Die Stoffe sind in der Regel minderwertig und haben nicht die vorgesehene Länge. Das Badische Landespolizeiamt warnt wiederholt vor diesen Betrügern, bei denen es sich meistens um Ausländer handelt. Gegebenenfalls wolle ihre Festnahme durch die Polizei oder Gendarmerie veranlaßt werden.

## Banderolenfälscher und Schwarzbränner

Zahlreiche Steuerzeichenfälscher zur Anzeige gebracht — Aufdeckung von Geheimbrennereien in der Alt- und Außenstadt — Ueber 400 Fälle von Vergehen gegen die Verbrauchssteuergesetze Kund eine Million Reichsmark Strafen verhängt

Innerhalb des Stadtbereiches von Karlsruhe und in dessen nächstem Umkreis hat in der letzten Zeit das Banderolenfälscherumwesen ein ungewöhnliches Ausmaß angenommen. Es sind in Karlsruhe und in dessen unmittelbarer Umgebung (wozu vor allem das Ettlinger, Bruchfaler und Brettener Gebiet gehört) im Verlauf dieses Jahres eine Reihe von Banderolenfälschern zur Strafe gebracht worden, damit dem Spürsinn der Beamten des Hauptzollamtsbezirk Karlsruhe. Sie hatten in den letzten Monaten alle Hände voll zu tun, um den geradezu in gefährlicher Weise um sich greifenden Fälscherumwesen in wirksamer Weise entgegenzutreten. Vorwiegend sind es Hausierer und Winkelfabrikanten, die irgendwo zu Hause mit ihrem Gefinde oder mit Verwandten zusammen Zigaretten herstellen, die Tabaksteuerzeichen fälschen und dadurch imstande sind, ihre Ware „besonders preiswert“ anzubieten. Jumeist pflegt diese Sorte von Tabakhändler ihre Ware unmittelbar an den Verbraucher abzugeben, welcher sich übrigens durch den Erwerb der nicht versteuerten, bzw. angeblich versteuerten Ware ebenso straffällig macht, wie der Verkäufer, sofern er bewußt derlei Waren bezieht. Jeder Käufer und jeder reelle Händler sollte daher energisch Front machen gegen Angebote von derlei „fliegenden Händlern“ und Hausierern, die ihre Erzeugnisse mit gefälschten Steuerzeichen vertreiben. Sie sind als wirkliche Schädlinge des realen Tabakhandelns anzuprehen.

In jüngster Zeit ereignete sich ein Fall im Schlichthof, der geradezu ein Schulbeispiel dafür ist, wie dreist diese Sorte von „Tabakhändler“ ihr unlautes Gewerbe betreibt. Ein aus Bruchfal stammender Mann wurde von einem Beamten des Hauptzollamtes gerade dabei ertappt, wie er auf seinem Motorrad aufgeladene Kisten mit unverschuldeten Zigaretten abgab und die Ware an das Personal des Schlichthofes veräußerte, das seinerseits nicht ahnte, daß die Banderole der Rauchwaren gefälscht war. Der betreffende Händler betrieb schon lange Zeit einen schwunghaften Handel und erlöhnte sich, seine Zigaretten sogar in mannigfachen behördlichen Räumen abzugeben.

Im Laufe dieses Jahres haben sich übrigens insgesamt gegen 400 Personen gegen die Verbrauchssteuergesetze vergangen und es wurden insgesamt im Hauptzollamtsbezirk Karlsruhe rund 1 Million Mark Strafen für alle Vergehen zusammen verhängt, einer gegenüber den Vorjahren erheblich gestiegene Summe, wobei jedoch zu beachten ist, daß in zahlreichen Fällen die

Täter ihre Straffumme nicht aufbringen können und aus diesem Grunde mit den Haft- oder Gefängnisstrafen vorlieb nehmen müssen.

Neben den Tabaksteuerzeichen-Fälschungen beobachtet man an zuständigen Stellen ein Ueberhandnehmen der

### Vergehen gegen die Branntweinmonopolgesetze.

Es gibt leider genug Personen, die mehr geheim brennen oder „Schwarzbrennen“, als man füglich glauben möchte. Branntweinherstellung ist anmeldepflichtig und es rufen beachtliche Steuerabgaben auf dem Schnapsbrennen. Als Gegenstück des Branntweinschmuggels an der Wasserkante und im Norddeutschland ist bei uns in Baden die „Schwarzbrennerei“ zu beuten. Vorzugsweise versuchen die Schwarzbränner in den Städten Juder, der bekanntlich leicht und überall erhältlich ist, zu brennen, und sie pflegen einen Branntwein des Markenkonsums herzustellen, den sie gewöhnlich nach Norddeutschland durch Mittelspersonen weiter vertreiben. Dort findet diese Art von Schnaps haufzählich in den ärmeren Arbeitergebieten und in den Bergwerksgebieten als „Kümmel“ und bergleichen Absatz.

Es ist nicht leicht, diese Geheimbrennereien auf die Spur zu kommen. Doch man behauptet werden, daß es der Karlsruher Zollfahndungsstelle gelungen ist,

### nahezu sämtliche Schwarzbränner dingfest zu machen.

In Karlsruhe sind mehrere Schwarzbrennereien in diesem Jahre aufgedeckt worden, darunter eine in der Alt- eine andere in der Außenstadt. Mehrfach führten Streitigkeiten bei der „Gewinnverteilung“ zur Aufdeckung der Geheimbrennereien. Da sich die Beteiligten gegenseitig bezichtigten.

Zwei Geheimbrennereien wurden vor einiger Zeit von der Karlsruher Zollfahndungsstelle in Bruchfal aufgedeckt; bei einem dieser Fälle handelte es sich um ein Komplott von sieben Personen, die rund 4000 Liter Branntwein geheim herstellten und deshalb zu längeren Gefängnisstrafen und 40 000 Mark Geldbuße verurteilt wurden. Neuerdings wurde auch in der Gegend von Dierweiler bei Ettlingen eine Geheimbrennerei aufgedeckt. Inzwischen werden zwei weitere Fälle aus der Gegend von Rehl gemeldet, ein Beweis, daß neben der Schmuggelsucht auch die geheime Branntweinherstellung in hoher Blüte steht und ein dauerndes einheitliches Vorgehen der verschiedenen Zollfahndungsstellen erforderlich ist.

## Die Polizei berichtet:

### Schwindler am Werk

Ein verheirateter Schuhmacher aus Durlach sammelte in letzter Zeit trotz ausdrücklicher Unterjagung durch das Polizeipräsidium für einen Kruppelverein in Durlach Geldbeträge. Wie nun die Ermittlungen der Gewerkepolizei ergaben, wurde das Geld nicht einem wohltätigen Zwecke zugeführt, sondern zu Vergnügungsfahrten verwendet.

Es empfiehlt sich daher von Sammlern in jedem Falle die amtliche Sammelurkunde vorweisen zu lassen, denn nur bei amtlich genehmigten Sammlungen besteht eine Gewähr dafür, daß über die Sammlung eine gewisse Kontrolle ausgeübt wird.

Darlehensschwindler Ein in der Kaiserstraße wohnender Darlehensschwindler wurde gestern festgenommen, weil er zahlreiche Darlehensschuldner um erhebliche Beträge schwindigt hatte.

Ungetrunkenen Motorradfahrer. Einem Händler aus Rehl wurde in vergangener Nacht sein Motorrad von der Polizei abgenommen, weil er stark unter Einfluß von Alkohol stand und in diesem Zustand eine erhebliche Verkehrsgefährdung darstellte.

### Rus Organisationen und Vereine

#### Winterfeier des Gemischten Chors „Bruderbund“

Am Samstag, 17. Dezember, hatte der Verein zu einer Winterfeier geladen, die der Anhängerschaft zahlreich Folge leistete. Trotz dem der Vorlesung, Artur Genth, eingangs auf den einfachen Rahmen der Veranstaltung hinwies, bedingt durch die Not der Zeit, haben alle Teilnehmer bekundet, daß das Gebotene gefiel. Der Chor sang Leibeserfreut und wurde durch den erschienenen Bruderbundverein Volkschor best auf das Beste abgehört. Die Spielstunde brachte geistigen Humor mit nachwachsender Mühe (Schollenberger), der die Mühsal der Nacht schilberte; den ruhenden und schlafenden Pflanzensammler ein Gemisch aus Unter der Leitung von H. Andreas tanzten zwei kleine Mädels hübsch und präzis und wurde auf der 2-Mitter flott und smerchellerischerweise aufgeführt: „Wenn Kalkulator in die Baumblüte ziehen“. Ein reiches Gemisch wartete auf die glücklichen Gewinner. Besonders Anerkennung auch dem Violinist des Abends, Willy Witz, der durch sein feines Spiel einen Sturm auslöste.

#### Freireligiöse Gemeinde

Im Friedrichshof feierte am Montagabend die Freireligiöse Gemeinde ihr diesjähriges Winter-Sonnenwendfest. Zahlreiche hatten sich die Mitglieder der Gemeinde eingefunden; erfreulich wirkte das angesichts der großen sozialen Not, die auch in ihrer Kreisen herrscht. Das Programm des Abends bestritt die freireligiöse Jugend durch Rezitationen und kleine dramatische Stoffe. Fein pointierten Vera Böhrer und M. Palmer ihre Rollen. Besonders schickes wurde dargeboten durch den Bassisten Helmut Meyer-Weingarten, der Mozart, Salzer, Nikolai Sandt am besten gab. M. Palmer spielte nett ein Weibchensstücklein auf dem Klavier. Der jugendliche A. Sittel zeigte sich als junger Meister der Violine mit Bach, Mozart und Beethoven. Für alles war Hauptlehrer Meyer-Weingarten ein freundlicher und besonnter Begleiter am Klavier. Die Rede des Vorlesenden, Herrn Regierungsrat Weimann, des jugendlichen Hans Müller, des Lehrers der Gemeinde, Hauptlehrer Meyer-Weingarten, und des Mitgliedes Herrn Röhle gingen auf den Sinn der Veranstaltung, die unter der wirkungsvollen Regie von Frau Schwab-Schneider auf geleitet sich abwickelte, ein. In später Stunde erst trennte man sich mit dem Gedanken, Zeuge der innigen Verbundenheit der Mitglieder einer wirklichen religiösen Gemeinschaft gewesen zu sein und in dem Willen, um die Aufwärtsbewegung der Gemeinde beizutragen zu wollen.

## EISERNE FRONT

Heute abend 8 Uhr im „Friedrichshof“

### Pflicht- Antreten

Referent: Gen. Reinhold-Mannheim. Es ist Pflicht sämtlicher Bezirke, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Die Kampfleistung.

#### Achtung!

Sämtliche Parteigenossen, Gewerkschaftler, Sportler und Säger, sowie Reichsbanner haben als Mitglieder der Eisernen Front

heute abend 8 Uhr im „Friedrichshof“ zu erscheinen. Referent: Gen. Reinhold-Mannheim.

#### Z. B. 1 und 5

Verammlung am Donnerstag, 22. Dezember, fällt aus. Mittwoch, 21. Dezember, abends 7.30 Uhr, vollzähliges Antreten auf dem Sammelplatz zur Hauptversammlung im „Friedrichshof“.

#### Z. B. 3

Heute abend halb 8 Uhr Antreten im „Bernhardusshof“. Restliches Erscheinen aller Kameraden ist erforderlich.

#### Z. B. 4

Mittwoch, 21. Dezember, abends 8.30 Uhr, auf dem Marktplatz Antreten. Jeder Kamerad hat zu erscheinen.

#### Z. B. 1

Mittwoch, abends 7 Uhr, Antreten sämtlicher Kameraden der Eisernen Front in Uniform. Vorstraße Haltestelle.

#### Z. B. 2

Zur Teilnahme an der im „Friedrichshof“ stattfindenden Verammlung treffen sich alle Kameraden heute abend 7.15 Uhr am Freien Turnersplatz. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Der Übungsabend fällt diese Woche aus.

#### Z. B. 4

Heute abend Punkt 7 Uhr Antreten bei der „Krone“.

#### Z. B. 5

Heute abend Punkt 7 Uhr Antreten Ecke Karl- und Hohenollernstraße.

#### Z. B. 6

Mittwoch, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, Verammlung im „Friedrichshof“. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

#### Z. B. 7

Heute abend Punkt 6.15 Uhr vollzähliges Antreten in Uniform am Volkshauss.



